



EUROPA-INFORMATIONEN

VERTRETUNG DES LANDES MECKLENBURG-VORPOMMERN BEI DER EU

Liebe Leserinnen und Leser,

die Kommission wurde Anfang des Jahres 2021 heftig kritisiert für ihr Management im Rahmen der Beschaffung von Impfstoffen gegen die Covid-19 Erkrankung. Die Vereinigten Staaten von Amerika, Israel und auch das frisch aus der EU ausgetretene Großbritannien waren zu diesem Zeitpunkt insbesondere mit den Covid-19-Impfkampagnen ein ganzes Stück der Europäischen Union der 27 Mitgliedstaaten enteilt.

Für diesen damaligen Zwischenstand gab es eine ganze Reihe von Gründen: Die Unterhändler(innen) der EU haben teilweise härter und in der Folge länger verhandelt, um die produzierenden Firmen in die Haftung für etwaige Folgeschäden der Impfstoffe einzubeziehen. Einige Staaten außerhalb der EU haben höhere Abgabepreise akzeptiert, um früher an die Impfstoffe zu gelangen. Die Mitgliedstaaten der EU, die zu allen Zeiten in den Verhandlungsprozess der EU eingebunden waren, drängten dagegen teilweise auf die Beschaffung günstigerer Impfstoffe wie z.B. Astra-Zeneca, die zugleich den mutmaßlichen Vorteil hatten, auf einer seit langem bekannten Technologie zu beruhen. Dass ausgerechnet Astra-Zeneca in der Folge wegen seltener aber dann teilweise erheblicher Nebenwirkungen in Verruf geriet und zugleich mit Lieferproblemen zu kämpfen hatte, brachte die Impfkampagnen einiger Mitgliedstaaten der EU zu Beginn in Schwierigkeiten.

Niemand - sicher auch nicht die Kommission - kann von sich behaupten, in dieser Phase der Unsicherheit ohne Beispiel alles richtig gemacht zu haben. Aber es lohnt sich am Ende des 3. Quartals 2021 eine [Zwischenbilanz](#) zu ziehen. Die EU kann sich mit ihrer Impfkampagne auch im internationalen Vergleich mittlerweile sehr gut sehen lassen: EU-weit wurden mittlerweile 624 Mio. Impfdosen geliefert und über 529 Mio. Dosen verabreicht. Etwas mehr als 76% der erwachsenen Bevölkerung sind wenigstens erstgeimpft (nach neuesten Zahlen ca. 70% vollständig). Es wurden Verträge mit sieben Entwicklern vielversprechender Vakzine geschlossen; so konnte ein Portfolio von bis zu 4,6 Mrd. Dosen gesichert werden. Die Kommission hat bislang vier Impfstoffen, nämlich denen von [BioNTech und Pfizer](#), [Moderna](#), [AstraZeneca](#) und [Janssen Pharmaceutica NV](#), eine bedingte Zulassung erteilt, nachdem die EMA deren jeweilige Sicherheit und Wirksamkeit positiv bewertet hatte. Mehrere andere Impfstoffe befinden sich in unterschiedlichen Phasen der Prüfung durch die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA). Zugleich werden bis Ende 2021 im Rahmen der Covax Initiative mehr als 200 Mio. Dosen Covid-19 Vakzine an Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen abgegeben. Diese Erfolge waren so nur möglich, weil die EU koordiniert gehandelt hat.

So wird auch in Zukunft europaweit und international gemeinsam zu handeln sein, wenn wir die Pandemie in den Griff bekommen wollen. Das beste Beispiel dafür ist die zuerst in Indien nachgewiesene Delta-Variante des Virus. Diese hat in kurzer Zeit weltweit die Pandemie wieder neu angefacht. No one is safe until everyone is safe - niemand wird vor Covid 19 sicher sein, bis alle sicher sind. Bis dahin liegt vermutlich noch ein ganzes Stück des Weges vor uns.

Mit herzlichen Grüßen aus Brüssel,

Dr. Lars Friedrichsen

Inhaltsverzeichnis

Übergreifende Themen	5
Kommission: 2,25 Mrd. € Vorfinanzierung aus NextGenerationEU Fonds	5
Inneres	6
Innenrat tagt zur Situation in Afghanistan	6
COVID-19: Rat empfiehlt erneute Reisebeschränkungen für 5 Länder	6
Neue Vorschriften zur Geldwäschebekämpfung vorgeschlagen	6
Weiter keine Einigung zur Reform des Asylsystems im Rat	7
Fonds für Asyl- und Grenzpolitik angenommen	7
EP: Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet	7
Mehrwertsteuerbefreiung für Hilfsgüter	7
Justiz, Verbraucherschutz	8
Europäischer Rechtsstaatlichkeitsbericht veröffentlicht	8
Rat: Diskussion zu KI und digitalem Nachlass	8
EuGH: Streit um polnische Disziplinarordnung	8
EU-Justizbarometer 2021: Unabhängigkeit der Justiz hat teilweise abgenommen	9
Neue Vorschriften zur Geldwäschebekämpfung vorgeschlagen	9
EP: Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet	9
Finanzen	10
Neue Vorschriften zur Geldwäschebekämpfung vorgeschlagen	10
Mehrwertsteuerbefreiung für Hilfsgüter	10
Brexit: Kommission erlaubt Millionen-Hilfe für deutsche Fischer	10
Kommission begrüßt Einigung der G20 auf gerechtere Besteuerung von Unternehmen	10
Wirtschaft, Arbeit, Gesundheit, Tourismus, Außenwirtschaft	11
Neue Vorschriften zur Geldwäschebekämpfung vorgeschlagen	11
EU-Kohäsionsfonds 2021-2027: Neue interaktive Website geht online	11
Mittel aus REACT-EU für Mecklenburg-Vorpommern	11
Binnenmarkt: Neue Regeln für sicherere Produkte	11
Interaktive Statistiken zeigen Dynamik und Vielfalt von alternder EU	11
Neuer Leitfaden hilft EU-Unternehmen bei Bekämpfung von Zwangsarbeit	11
Europäische Arzneimittelagentur (EMA) gibt Moderna für Jugendliche frei	12
EU COVID-Zertifikat: Neue Leitlinien sorgen für unbeschwertes Reisen	12
Impfstoffe und Therapeutika gegen COVID	12
Vertrag zur Beschaffung von Sotrovimab als Medikament gegen COVID-19 unterzeichnet	13
Neue EU-Grenzwerte für Blei in Lebensmitteln	13
Mehrwertsteuerbefreiung für Hilfsgüter	13
Kommission zur Garantieregelung von 750 Millionen € für Reisesicherungsfonds	13
Russland: EU verlängert Sanktionen wegen Destabilisierung der Ukraine	13
Landwirtschaft, Fischerei, Umwelt	15
Fangmöglichkeiten in der Ostsee für 2022	15
Wiederaufbereitung von Kunststoffflaschen: neue Bürgerinitiative	15
Strategie zum Schutz der Wälder in der EU	15
Konsultation zu Regeln über Schadstoffe in Oberflächen- und Grundwasser gestartet	15
Brexit: Kommission erlaubt Millionen-Hilfe für deutsche Fischer	15
Bildung, Wissenschaft, Kultur	17
Globaler Bildungsgipfel - 1,7 Mrd. € für die Globale Partnerschaft für Bildung	17
Hochwertige und inklusive Primar- und Sekundarschulbildung	17
EU-Verteidigungsfonds startet mit 1,2 Mrd. €	17
Europäischer Forschungsrat investiert 2022 mehr als 2,4 Mrd.€	17
120 Mio. € für elf neue Projekte zur Bekämpfung des Coronavirus	17
Kommission startet Kampagne zu Vielfalt und Inklusion bei Film und Medien	18
Energie, Verkehr, Infrastruktur, Bau, Digitalisierung, Landesplanung	19
Coronakrise: Flughafenslots-Ausnahmeregelung nochmals bis 2022 verlängert	19

EU kündigt Verbot von Verbrennern bis 2035 an.....	19
EU-Leitlinien für Klimasicherheit von Infrastrukturprojekten veröffentlicht	19
Medien.....	20
Europäischer Rechtsstaatlichkeitsbericht veröffentlicht	20
Ausschuss der Regionen	21
Neue App des Europäischen Ausschusses der Regionen.....	21
Meerespolitik, Ostsee, grenzüberschreitende Zusammenarbeit	22
Konsultation: Schutz der Meeresumwelt	22
Ostseeparlamentarierkonferenz warnt vor Munitionsaltlasten in der Ostsee	22
Ostseezusammenarbeit im Bereich Sicherheit im Überblick	22
2. Digital Ocean Convention – Kooperation im Bereich der Meerestechnologien ausgeweitet	22
Laufende Konsultationen	24
Termine	26
Ansprechpartner(innen).....	28

Erklärung zum Haftungsausschluss

Das Ministerium für Inneres und Europa ist um Richtigkeit und Aktualität der bereitgestellten Informationen bemüht. Trotzdem können Fehler und Unklarheiten nicht vollständig ausgeschlossen werden. Das Ministerium übernimmt deshalb keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Für EU-Dokumente ist jeweils die amtliche Veröffentlichung maßgeblich. Der Text enthält Hyperlinks, durch die auf externe Seiten und dort angebotene Informationen verwiesen wird.

Es handelt sich um allgemein zugängliche Seiten, deren Auffinden durch die Links erleichtert werden soll. Soweit über Links auf solche Seiten verwiesen wird, ist für deren Inhalt ausschließlich der Betreiber dieser Seiten verantwortlich, das Ministerium macht sich durch die Verweisung die über den Link angebotenen Informationen oder eventuelle Weiterverweisungen nicht zu eigen.

Das Ministerium hat keinen Einfluss auf eine nach Setzung des Links erfolgte Veränderung des Links oder der zugrundeliegenden Inhalte und übernimmt dafür keine Verantwortung. Wenn Sie die Europa-Informationen nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte mit. Hierzu reicht aus, wenn Sie auf diese Mail mit der Nachricht „Europa-Informationen abbestellen“ antworten.

Kommission: 2,25 Mrd. € Vorfinanzierung aus NextGenerationEU Fonds

Die Kommission hat am 26. August 2021 2,25 Mrd. € als Vorfinanzierung an Deutschland ausgezahlt und damit 9 % der Mittel, die das Land insgesamt aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) erhalten soll. Dies entspricht dem Vorfinanzierungsbetrag, den Deutschland in seinem Aufbau- und Resilienzplan beantragt hat. Mit der Vorfinanzierung können die wichtigen Investitions- und Reformvorhaben angestoßen werden, die Deutschland in seinem Aufbau- und Resilienzplan skizziert hat.

Weitere Auszahlungen wird die Kommission ausgehend davon genehmigen, wie die im deutschen Aufbau- und Resilienzplan vorgesehenen Investitionen und Reformen umgesetzt werden. Während der Laufzeit des Plans soll das Land insgesamt 25,6 Mrd. € erhalten, die in voller Höhe als Zuschüsse gezahlt werden.

Der Auszahlung vorausgegangen ist die erfolgreiche Auflage der ersten Anleihen im Rahmen von NextGenerationEU. Bis Jahresende will die Kommission mit langlaufenden Anleihen, die durch kurzlaufende EU-Bills ergänzt werden sollen, insgesamt bis zu 80 Mrd. € aufnehmen, um damit die ersten planmäßigen Auszahlungen an die Mitgliedstaaten im Rahmen von NextGenerationEU zu finanzieren.

Aus der zum Aufbauprogramm NextGenerationEU gehörenden Aufbau- und Resilienzfazilität werden 723,8 Mrd. EUR (zu jeweiligen Preisen) für Investitionen und Reformen in sämtlichen Mitgliedstaaten bereitgestellt. Der deutsche Plan ist Bestandteil der beispiellosen Krisenreaktion der EU mit dem Ziel, gestärkt aus der COVID-19-Pandemie hervorzugehen, den ökologischen und digitalen Wandel zu unterstützen und die Resilienz und den Zusammenhalt unserer Gesellschaften zu stärken.

[Pressemitteilung und weitere Details](#)

[Fragen und Antworten: Kommission billigt deutschen Aufbau- und Resilienzplan](#)

[Factsheet zum deutschen Aufbau- und Resilienzplan](#)

Innenrat tagt zur Situation in Afghanistan

Am 31. August 2021 trafen sich die Ministerinnen und Minister für Inneres zu einer außerordentlichen Ratstagung, um über die Lage in Afghanistan zu beraten. In einer gemeinsamen Erklärung sprachen sie sich dafür aus, EU-Bürger und Menschen, die mit der EU zusammengearbeitet haben, weiter zu evakuieren. Die umliegenden Länder sollen auch bei der Aufnahme von Flüchtlingen verstärkt unterstützt werden. Illegale Migration in die EU soll dadurch möglichst verhindert werden. Die EU und ihre Mitgliedstaaten, mit Unterstützung von Frontex, wollen auch weiterhin die EU-Außengrenzen schützen, um unerlaubte Einreisen zu verhindern. Schleusertätigkeiten sollen auch durch gezielte Informationskampagnen bekämpft werden. Weiterhin müsse verhindert werden, dass sich die derzeitige Situation zu einer Sicherheitsbedrohung für Europa entwickle. Dabei dürfe sich Afghanistan nicht wieder zu einem Gebiet für Terroristen entwickeln und potentielle Straftäter in die EU gelangen.

[Pressemitteilung](#) & [Erklärung](#)

COVID-19: Rat empfiehlt erneute Reisebeschränkungen für 5 Länder

Am 30. August 2021 hat der Rat neue Empfehlungen zur schrittweisen Aufhebung der vorübergehenden Beschränkungen nicht wesentlicher Reisebeschränkungen in die EU aktualisiert. Die Empfehlungen beinhaltet eine Liste von Länder außerhalb der EU für die Reisebeschränkungen aufgehoben werden sollten. Hervorzuheben ist, dass Israel, der Kosovo, der Libanon, Montenegro, die Republik Nordmazedonien und die Vereinigten Staaten von Amerika von der Liste gestrichen wurden. Demnach empfiehlt der Rat den Mitgliedstaaten für diese Länder vorübergehende Reisebeschränkungen einzuführen. Dies gilt aber unbeschadet der Möglichkeit, die vorübergehende Beschränkung nicht unbedingt erforderlicher Reisen in die EU für vollständig geimpfte Reisende aufzuheben. Die letzte Anpassung der Empfehlung stammt vom 30. Juni 2021.

[Pressemitteilung](#)

Neue Vorschriften zur Geldwäschebekämpfung vorgeschlagen

Die Kommission hat am 20. Juli 2021 ein Paket von Gesetzgebungsvorschlägen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung vorgelegt. Dieses umfasst

- eine Verordnung zur Schaffung einer neuen EU-Behörde für die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung;
- einer Verordnung zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung mit unmittelbar geltenden Vorschriften – auch für die Bereiche Kundensorgfaltspflicht und wirtschaftliches Eigentum;
- der Sechsten Richtlinie zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, die die Richtlinie 2015/849/EU ersetzen soll und
- einer überarbeiteten Fassung der Geldtransfer-Verordnung von 2015 (Verordnung 2015/847), die die Rückverfolgung von Krypto-Transfers ermöglichen soll.

Die neuen Maßnahmen sollen die Aufdeckung verdächtiger Transaktionen und Aktivitäten erleichtern. Außerdem sollen sie Schlupflöcher schließen, die Kriminelle dazu nutzen, Erträge aus Straftaten über das Finanzsystem zu waschen oder damit terroristische Aktivitäten zu finanzieren. Hierzu zählen virtuelle Währungen, stärker in den Binnenmarkt integrierte Finanzströme und der globale Charakter terroristischer Organisationen. Die Kommission schlägt dazu auch eine Bargeldobergrenze von 10.000 Euro bei Geschäften mit Unternehmen vor. Die neue europäische Behörde soll als Zentralstelle die Arbeiten der nationalen Behörden koordinieren, um sicherzustellen, dass der private Sektor die EU-Vorschriften korrekt und einheitlich anwendet. Darüber hinaus soll sie als zentrale Meldestellen für illegale Finanzströme dienen. Bei Kryptowährungen sollen anonyme Zahlungen verboten werden.

[Pressemitteilung](#)

Weiter keine Einigung zur Reform des Asylsystems im Rat

Auf dem informellen Innen-Rat am 15. Juli 2015 stand die europäische Migrationspolitik auf der Tagesordnung. Einigung konnte zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem aber nicht erzielt werden, da insbesondere beim Thema der Solidarität bei der Aufnahme weiter keine gemeinsame Position erreicht werden konnte. Die Ministerinnen und Minister fordern aber eine stärkere Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern sowie bei der Rückführung. Weiterhin wurde über digitale Ermittlungsmethoden berichtet. Dazu tauschten sie sich über die Notwendigkeit des Einsatzes von künstlicher Intelligenz in Ermittlungsverfahren aus.

[Pressemitteilung](#)

Fonds für Asyl- und Grenzpolitik angenommen

Das Europäische Parlament hat die Fonds für Asyl- und Grenzpolitik am 7. Juli 2021 angenommen. Der Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds ist mit 9,88 Milliarden € zur Unterstützung der Asyl- und Migrationspolitik ausgestattet. Der Fond für integriertes Grenzmanagement enthält 6,24 Milliarden € für den Schutz der Außengrenzen. Nach der Billigung werden die Verordnungen im EU-Amtsblatt veröffentlicht. Sie werden dann rückwirkend ab dem 1. Januar 2021 gelten.

[Pressemitteilung](#)

EP: Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet

Das Europäische Parlament hat am 6. Juli 2021 eine Verordnung zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet mit 537 zu 133 Stimmen bei 24 Enthaltungen angenommen. Aufgrund der Geltung des Europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation benötigten seit Dezember 2020 Anbieter von Internetdiensten eine rechtliche Erlaubnis, um freiwillig gegen Kinderpornografie vorzugehen. Mit den neuen Regelungen soll eine vorübergehende Ausnahme von Artikel 5 und Artikel 6 der Richtlinie 2002/58/EG eingeführt werden, welche die Vertraulichkeit der Kommunikation und der Verkehrsdaten schützen. Die neue Regelung gilt höchstens drei Jahre lang oder bis eine neue Regelung getroffen wird.

Um gegen den Missbrauch von Kindern vorzugehen, können Anbieter technische Hilfsmittel verwenden, die so wenig wie möglich in die Privatsphäre eingreifen. Aufgespürt werden soll das entsprechende Material durch technische Verfahren, die Inhalte im Internet wie Bilder, Text oder Verkehrsdaten durchsuchen. Bei Bildern und Videos soll das sogenannte Hashing helfen. Texte und Verkehrsdaten dagegen könnten mithilfe von Klassifikatoren und künstlicher Intelligenz untersucht werden, um zu erkennen, ob hier Täter versucht haben, Kontakt mit Kindern aufzunehmen. Weiterhin soll ein Rechtsbehelfsmechanismus eingeführt werden, damit diejenigen Klagen einreichen können, die der Ansicht sind, dass ihre Rechte verletzt wurden. Im weiteren Verfahren muss der Rat dem Kompromiss formell zustimmen.

[Pressemitteilung](#)

Mehrwertsteuerbefreiung für Hilfsgüter

Siehe unter [Wirtschaft](#).

Europäischer Rechtsstaatlichkeitsbericht veröffentlicht

Die Kommission hat am 20. Juli 2021 den zweiten EU-weiten Bericht über die Rechtsstaatlichkeit veröffentlicht. Der Bericht besteht aus einer Mitteilung, in der die Gesamtlage in der EU in den Blick genommen wird, und einzelnen Länderkapiteln für die Mitgliedstaaten. Der diesjährige Bericht baut auf der Methodik und dem Gegenstand des vorangegangenen Berichts auf, wobei der Schwerpunkt auf den folgenden vier Schlüsselementen liegt: Justizwesen, dem Rahmen zur Korruptionsbekämpfung, Medienvielfalt und Medienfreiheit sowie sonstigen institutionellen Aspekten in Zusammenhang mit der Gewaltenteilung. Bedenken bestehen in einigen Mitgliedstaaten insbesondere zur Unabhängigkeit der Justiz und der Situation der Medien.

Grundsätzlich wird die Lage in Deutschland als gut dargestellt. Im Länderkapitel über Deutschland werden u.a. die Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaften, die Auswahl von Bundesrichtern, die Stellenbesetzung in der Justiz und die Digitalisierung der Justiz thematisiert. Teilweise wurden Bedenken hinsichtlich der Transparenz des Gesetzgebungsverfahrens und der Tendenz zu verkürzten Konsultationsfristen geäußert. Kritisch wird das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 5. Mai 2020 bewertet, welches zu einem Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland führte (Urteil zur deutschen Beteiligung am Public Sector Purchase Programme (PSPP) der Europäischen Zentralbank (EZB) (BVerfG, [2 BvR 859/15](#)). Der Bericht stellt auch fest, dass Unsicherheit in Bezug auf die Steuerbefreiung zivilgesellschaftlicher Organisationen bestehe. Zur Medienfreiheit betrachtet der Bericht u.a. den Zugang von Journalisten zu Informationen. Mit Sorge werden verstärkte Angriffe auf Medienvertreter im Rahmen von Demonstrationen gesehen.

[Pressemitteilung](#) & [Länderkapitel](#)

Rat: Diskussion zu KI und digitalem Nachlass

Auf der informellen Tagung der für Justiz zuständigen Ministerinnen und Minister am 16. Juli 2021 wurden rechtliche Aspekte der künstlichen Intelligenz, kindgerechte Justiz und Fragen in Bezug auf das digitale Eigentum besprochen. Beim Thema künstliche Intelligenz war ein Ergebnis, dass Algorithmen auf keinen Fall Richter ersetzen sollten und dass die Verwendung von biometrischen Fernidentifikationssystemen auf öffentlich zugänglichen Flächen zu Zwecken der Strafverfolgung einen direkten Eingriff in die Grundrechte, insbesondere das Recht auf Privatsphäre, darstellt. Herausforderungen im Zusammenhang mit der Bestimmung des Inhalts digitalen Erbes und den Zugang zu diesem (z. B. bei der Verwendung von Pseudonymen, der grenzüberschreitenden Anerkennung und Vollstreckung von Gerichtsentscheidungen) sowie die geeigneten Schritte auf Ebene der Europäischen Union sind auf dem Rat ebenfalls erörtert worden.

[Pressemitteilung](#)

EuGH: Streit um polnische Disziplinarordnung

Der Gerichtshof der Europäischen Union hat am 14. Juli 2021 in dem einstweiligen Rechtsschutzverfahren C-204/21 R entschieden, dass Polen die Anwendung einzelstaatlicher Bestimmungen, insbesondere über die Befugnisse der Disziplinarkammer des Obersten Gerichtshofs, unverzüglich aussetzen muss. Die Regelungen der Disziplinarordnung für Richter verstoße gegen das Unionsrecht. Insbesondere bieten die neuen Vorschriften nicht die volle Garantie für Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Justiz, da sie empfänglich für unmittelbare oder mittelbare Einflussnahmen durch die polnische Legislative und Exekutive sei.

Am 14. Juli 2021 hatte das polnische Verfassungsgericht über eine andere Anordnung des EuGHs gegen Polens Justizreform entschieden, dass diese nicht mit der polnischen Verfassung vereinbar sei.

Anfang August hatte die polnische Regierung dann erklärt, dass die Disziplinarkammer in der jetzigen Form abgeschafft werden soll. Damit sei aus Sicht der polnischen Regierung der Streit mit der Kommission gegenstandslos. Die Änderungsvorschläge zum polnischen Gesetz sollen im September 2021 vorgelegt werden.

Ende des Monats wird berichtet, dass am 17. August 2021 die polnische Regierung der Kommission mitgeteilt habe, dass sie die Disziplinarkammer für Richter zunächst doch nicht abschaffen wolle. Stattdessen habe sie die Aufhebung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs beantragt, denn die

Anordnungen aus Luxemburg sei aus ihrer Sicht nicht mit der polnischen Verfassung vereinbar. Die Disziplinarkammer werde allerdings keine neuen Fälle mehr annehmen.

[Pressemitteilung](#) Nr. 127/2021 & [Pressebericht](#)

EU-Justizbarometer 2021: Unabhängigkeit der Justiz hat teilweise abgenommen

Die Kommission hat am 8. Juli 2021 das EU-Justizbarometer 2021 veröffentlicht, welches einen Überblick über die Effizienz, Qualität und Unabhängigkeit der Justizsysteme in allen Mitgliedstaaten geben soll. Das Justizbarometer liefert erstmals eine Bestandsaufnahme, wie weit die digitale Transformation in den Justizbehörden fortgeschritten ist. Danach werden in fast allen Justizsystemen Videokonferenzsysteme genutzt und das Personal kann in den allermeisten Mitgliedstaaten im Homeoffice arbeiten. In zwei Dritteln der Mitgliedstaaten hat sich die Unabhängigkeit der Justiz seit 2016 nach Ansicht der Öffentlichkeit verbessert. Jedoch ist im Vergleich zum Vorjahr festzustellen, dass in etwa zwei Fünfteln der Mitgliedstaaten die Unabhängigkeit der Justiz skeptischer beurteilt wird. Das Justizbarometer enthält auch zwei neue Indikatoren, die einen Überblick über die Stellen und Behörden geben, die an der Ernennung von Richtern an den obersten Gerichten beteiligt sind. Die im EU-Justizbarometer enthaltenen Angaben tragen zum Monitoring im Rahmen des Europäischen Mechanismus zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit bei und fließen in den jährlichen Bericht der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit ein.

[Pressemitteilung](#)

Neue Vorschriften zur Geldwäschebekämpfung vorgeschlagen

Siehe unter [Inneres](#).

EP: Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet

Siehe unter [Inneres](#).

Neue Vorschriften zur Geldwäschebekämpfung vorgeschlagen

Siehe unter [Inneres](#).

Mehrwertsteuerbefreiung für Hilfsgüter

Siehe unter [Wirtschaft](#)

Brexit: Kommission erlaubt Millionen-Hilfe für deutsche Fischer

Siehe unter [Fischerei](#)

Kommission begrüßt Einigung der G20 auf gerechtere Besteuerung von Unternehmen

Die Kommission hat die am 10. Juli erzielte Einigung der G20 auf einen weltweiten Mindeststeuersatz begrüßt. Die Finanzministerinnen und –minister der G20 und die Zentralbanken wollen den internationalen Rahmen für die Unternehmensbesteuerung fairer und stabiler gestalten. Mit diesem beispiellosen Konsens wird eine grundlegende Reform des internationalen Körperschaftsteuersystems in Gang gebracht.

Die Arbeiten der Kommission an einem Vorschlag für eine Digitalsteuer als eine neue Eigenmittelabgabe ruhen nun zunächst bis zum Herbst. Bis dahin soll es auf OECD/G20-Ebene eine endgültige Einigung zu den Beschlüssen der G20 geben. Die Staats- und Regierungschefs der EU hatten der Kommission im Juli 2020 ursprünglich das Mandat erteilt, bis Juni 2021 einen Vorschlag für eine solche neue Eigenmittelabgabe vorzulegen.

[Pressemitteilung](#)

Neue Vorschriften zur Geldwäschebekämpfung vorgeschlagen

Siehe unter [Inneres](#).

EU-Kohäsionsfonds 2021-2027: Neue interaktive Website geht online

Nachdem die Regeln zur EU-Förderung in der neuen Finanzperiode am 1. Juli in Kraft getreten sind, hat die Kommission am 23. Juli eine neue Website dazu gestartet. Sie umfasst eine detaillierte Aufschlüsselung der insgesamt 392 Mrd. Euro an EU-Mitteln für die Kohäsionspolitik zwischen 2021 und 2027. Das Portal bietet die anfänglichen Mittelzuweisungen (in laufenden Preisen) nach Land, Kategorie der Region und nach Fonds in einem interaktiven Format. Die abgedeckten EU-Fonds sind der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (einschließlich Interreg), der Europäische Sozialfonds+, der Kohäsionsfonds und der Just Transition Fund. Die anfänglichen nationalen Beträge können sich aufgrund der erheblichen Flexibilität, die die Mitgliedsstaaten bei der Übertragung zwischen Fonds und anderen Haushaltsinstrumenten haben, ändern.

[Pressemitteilung](#)

[Webseite](#)

Mittel aus REACT-EU für Mecklenburg-Vorpommern

Über den Aufbaufonds REACT-EU stehen für Mecklenburg-Vorpommern 56,6 Mio. Euro bereit. Sie werden für die Investitionen in zwei Universitätskliniken, im Tourismussektor, zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen und zur Integration von Langzeitarbeitslosen und Jugendlichen in den Arbeitsmarkt verwendet. Insgesamt hat die Kommission am 22. Juli über REACT-EU mehr als 336 Mio. Euro für Kroatien, Frankreich, Deutschland und Griechenland genehmigt. Die zusätzlichen Mittel sollen die Länder in der Coronavirus-Pandemie unterstützen.

[Pressemitteilung](#)

Binnenmarkt: Neue Regeln für sicherere Produkte

Seit dem 16. Juli ist die EU-Marktüberwachungs- und Konformitätsverordnung vollständig anwendbar. Sie stellt sicher, dass Produkte, die auf dem EU-Markt in Verkehr gebracht werden, den EU-Rechtsvorschriften entsprechen und die Anforderungen an die öffentliche Gesundheit und Sicherheit erfüllen. Damit sollen gleiche Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden und keine gefährlichen Produkte und Nicht-EU-konforme Produkte aus Nicht-EU-Staaten in den Unionsmarkt gelangen. Klarere Vorschriften, schärfere Konformitätskontrollen und eine engere grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Behörden machen die Marktüberwachung effizienter.

[Verordnung](#)

Interaktive Statistiken zeigen Dynamik und Vielfalt von alternder EU

Am 9. Juli 2021 hat das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) neue Statistiken zur „Demographie von Europa“ veröffentlicht. Visualisierungen und interaktive Funktionen der demographischen Statistiken sollen den Bürger/innen ein klareres Bild davon geben, wie die Bevölkerung altert und sich entwickelt.

Die Veröffentlichung soll ein breiteres Bewusstsein für die Schlüsselzahlen schaffen, die hinter den Initiativen der Kommission zu den Auswirkungen des demografischen Wandels in Europa stehen, einschließlich der Auswirkungen einer alternden Bevölkerung und der langfristigen Vision für ländliche Gebiete.

[Veranstaltung](#)

Neuer Leitfaden hilft EU-Unternehmen bei Bekämpfung von Zwangsarbeit

Die Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst haben am 13. Juli einen Leitfaden veröffentlicht, der Unternehmen in der EU dabei helfen soll, das Risiko von Zwangsarbeit in ihren Betrieben und Lieferketten im Einklang mit internationalen Standards anzugehen. Der Leitfaden unterstützt die

Unternehmen dabei, Zwangsarbeit aus ihren Wertschöpfungsketten zu verbannen. Die Kommission hat sich verpflichtet, diesen Missstand im Rahmen der breit angelegten Arbeit zur Verteidigung der Menschenrechte zu beseitigen. Aus diesem Grund wurde die Stärkung der Widerstandsfähigkeit und Nachhaltigkeit der EU-Lieferketten in den Mittelpunkt der jüngsten Handelsstrategie gestellt.

[Pressemitteilung](#)

Europäische Arzneimittelagentur (EMA) gibt Moderna für Jugendliche frei

In den EU-Staaten kann ein weiteres Vakzin an Kinder und Jugendliche verimpft werden. Die EMA hat auch den Moderna-Impfstoff für die Altersgruppe der 12- bis 17-Jährigen freigegeben. Der Corona-Impfstoff des US-Herstellers Moderna kann nach einer Empfehlung der EU-Arzneimittelbehörde EMA auch Kindern und Jugendlichen ab 12 Jahren gespritzt werden. Die Experten der EMA bewerteten die entsprechenden Daten von Studien positiv und machten den Weg frei für die Zulassung des Impfstoffes für 12- bis 17-Jährige. Die Kommission muss dem noch zustimmen, das aber gilt als Formsache. Das Präparat von Moderna wäre damit der zweite Corona-Impfstoff, der auch jungen Menschen verabreicht werden darf. Ende Mai war der Impfstoff von BioNTech/Pfizer auch für 12- bis 17-Jährige zugelassen worden. Grundlage des Antrags von Moderna war eine Studie bei 2500 Jugendlichen in den USA. Die Wirksamkeit lag nach Angaben des Unternehmens bei 100 Prozent.

[Pressemitteilung](#)

EU COVID-Zertifikat: Neue Leitlinien sorgen für unbeschwertes Reisen

Seit 1. Juli gilt das digitale EU-COVID-Zertifikat. Die Kommission hat Leitlinien für die Mitgliedstaaten veröffentlicht. Ziel ist eine reibungslose Anwendung für Reisende und Personal. Da die Passagierzahlen im Sommer steigen, muss eine erhöhte Anzahl von Zertifikaten überprüft werden. Ein besser koordinierter Ansatz hilft, Staus an Flughäfen und unnötigen Stress für Passagiere und Personal zu vermeiden. Das EU-COVID-Zertifikat ist damit ein wichtiger Schlüssel zur Wiederherstellung der vier Grundfreiheiten im europäischen Binnenmarkt nach der Pandemie.

[Leitlinien](#)

Impfstoffe und Therapeutika gegen COVID

In der Europäischen Union sind bis zum 11. Juli 500 Millionen Impfdosen gegen COVID-19 ausgeliefert worden – genug, um mindestens 70 % der erwachsenen Bevölkerung noch im Juli vollständig zu impfen. Am 12. Juli hat die Kommission zudem 250 Teilnehmer im Rahmen eines „Matchmakings“ zusammengebracht, um die Produktion von **COVID-19-Therapeutika** in der EU zu beschleunigen. Von einem möglichen neuen Corona-Impfstoff des US-Herstellers **Novavax** aus den USA hat sich die Kommission am 4. August 2021 den Zugriff auf bis zu 200 Millionen Dosen gesichert.

Der Impfstoff-Kandidat muss allerdings noch von der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) für sicher befunden werden. Die Kommission hat bereits sechs andere Verträge über Abnahmegarantien mit Corona-Impfstoffherstellern abgeschlossen. Über die neue Vereinbarung können Mitgliedstaaten zunächst 100 Millionen Dosen von Novavax kaufen. Zudem gibt eine Option für den Kauf von weiteren 100 Millionen, sobald das Vakzin von der EMA überprüft wurde. Der Impfstoff NVX-CoV2373, der zweimal gespritzt werden muss, hat laut den jüngsten Studien eine Wirksamkeit von 90,4 Prozent, wie Novavax im Juni mitteilte. Das heißt, dass bei geimpften Probanden rund 90 Prozent weniger Erkrankungen auftraten als bei nicht geimpften.

NVX-CoV2373 ist im Gegensatz zu den bisher zugelassenen Impfstoffen weder ein mRNA-Impfstoff - wie die Präparate von Biontech und Moderna - noch ein Vektor-Impfstoff wie der von Astrazeneca: Das Vakzin enthält winzige Partikel, die aus einer im Labor hergestellten Version des Spike-Proteins von Sars-CoV-2 bestehen. Eine Zulassung des russischen Corona-Impfstoffs **Sputnik V** durch die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) ist weiter ungewiss.

[Pressemitteilung](#)

[Pressemitteilung Kommission zu Novavax](#)

Vertrag zur Beschaffung von Sotrovimab als Medikament gegen COVID-19 unterzeichnet

Die Kommission hat am 27. Juli 2021 einen Rahmenvertrag mit dem Unternehmen GlaxoSmithKline für die Beschaffung des monoklonalen Antikörpers Sotrovimab unterzeichnet. Das Medikament wurde in Zusammenarbeit mit VIR Biotechnology entwickelt und durchläuft derzeit eine fortlaufende Prüfung bei der Europäischen Arzneimittel-Agentur. 16 EU-Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, beteiligen sich an der Ausschreibung für den Kauf von bis zu 220.000 Behandlungen. Sotrovimab kann zur Behandlung von Coronavirus-Patienten mit leichten Symptomen eingesetzt werden, die keinen zusätzlichen Sauerstoff benötigen, aber ein hohes Risiko für eine schwere COVID-19-Erkrankung haben.

[Pressemitteilung](#)

Neue EU-Grenzwerte für Blei in Lebensmitteln

Im Zuge des europäischen Plans zur Krebsbekämpfung treten ab heute neue Grenzwerte für Blei in Kraft. In vielen Lebensmitteln wie etwa Säuglingsnahrung, Gewürzen, Weinen und Salz gelten nun strengere Höchstmengen. Grund für die Änderung waren Erkenntnisse, wonach es keine Schwelle gibt, unterhalb derer Schädigungen durch Blei bei Menschen ausgeschlossen werden können. Zuletzt hatte die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit außerdem die Sorge geäußert, dass durch bleihaltige Lebensmittel die neurologische Entwicklung von Föten, Kleinkindern und Kindern beeinträchtigt werden könnte. Vergleichsweise hohe Bleigehalte wurden in der Vergangenheit in Fisch, Algen, Meeresfrüchten und Nahrungsergänzungsmitteln nachgewiesen.

[Verordnung \(EU\) 2021/1317 mit Grenzwerten für Blei](#)
[Kommission zum europäischen Plan zur Krebsbekämpfung](#)

Mehrwertsteuerbefreiung für Hilfsgüter

Der Rat hat am 13. Juli eine Änderung der Mehrwertsteuerrichtlinie angenommen, mit der als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie eine befristete Mehrwertsteuerbefreiung für Einfuhren und bestimmte Lieferungen eingeführt wird. Die Richtlinie über „Beschaffungen zur kostenlosen Überlassung“ wird es der Kommission und den EU-Agenturen erleichtern, Waren und Dienstleistungen zu erwerben, um sie im Kontext der anhaltenden Gesundheitskrise kostenlos an die Mitgliedstaaten zu verteilen. Sobald die Notlage überwunden ist, werden die geltenden Mehrwertsteuersätze wieder angewandt. Damit die bereits laufenden Maßnahmen zur Bewältigung der Auswirkungen der Pandemie erfasst werden, wird die Richtlinie rückwirkend ab dem 1. Januar 2021 gelten.

[Pressemitteilung](#)
[Richtlinie](#)

Kommission zur Garantieregelung von 750 Millionen € für Reisesicherungsfonds

Nach der Pauschalreiserichtlinie müssen Pauschalreiseveranstalter sicherstellen, dass Reisenden Beträge erstattet werden, die sie bereits für Leistungen gezahlt haben, die dann jedoch aufgrund der Insolvenz des Veranstalters entweder nur teilweise oder gar nicht erbracht werden. Zu diesem Zweck wird Deutschland einen aus Beiträgen der Reiseveranstalter finanzierten Reisesicherungsfonds einrichten, der ab dem 1. November 2021 bereitstehen soll.

Deutschland meldete bei der Kommission eine staatliche Garantie im Umfang von 750 Mio. € an, mit der gewährleistet werden soll, dass ausreichende Mittel für die Erstattung stornierter Reiseleistungen zur Verfügung stehen, wenn Pauschalreiseveranstalter zahlungsunfähig werden und die verfügbaren Vermögenswerte des Fonds nicht ausreichen, um die Erstattungen an die Verbraucher zu decken.

[Pressemitteilung](#)

Russland: EU verlängert Sanktionen wegen Destabilisierung der Ukraine

Der Rat hat am 12. Juli beschlossen, die auf bestimmte Wirtschaftssektoren der Russischen Föderation abzielenden Sanktionen um weitere sechs Monate bis zum 31. Januar 2022 zu verlängern. Mit seinem Beschluss folgt der Rat der jüngsten Bewertung zum Stand der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen auf der Tagung des Europäischen Rates vom 24./25. Juni 2021.

Die Sanktionen schränken den Zugang bestimmter russischer Banken und Unternehmen zu den Primär- und Sekundärkapitalmärkten der EU ein und verbieten Formen der finanziellen Unterstützung und Vermittlung gegenüber russischen Finanzinstituten. Verboten sind auch die direkte oder indirekte Einfuhr,

Ausfuhr oder Weitergabe sämtlicher Verteidigungsgüter, ebenso wie Güter mit doppeltem Verwendungszweck für militärische Zwecke oder für militärische Endnutzer in Russland. Ferner wird mit den Sanktionen Russlands Zugang zu bestimmten sensiblen Technologien, die im russischen Energiesektor eingesetzt werden können, wie beispielsweise für die Erdölförderung und -exploration, weiter eingeschränkt.

[Pressemitteilung](#)

Fangmöglichkeiten in der Ostsee für 2022

Die Kommission hat am 26. August 2021 ihren Vorschlag für die Fangmöglichkeiten in der Ostsee für das Jahr 2022 angenommen. Sie schlägt vor, die Fangmöglichkeiten für Hering im Rigaischen Meerbusen zu erhöhen, während die derzeitigen Obergrenzen für Sprotte, Scholle und Beifänge von Dorsch in der östlichen Ostsee beibehalten werden sollen. Bei den verbleibenden Beständen sollen die Fangmöglichkeiten verringert werden, damit diese Bestände nachhaltiger befischt werden und sich andere Bestände wie Dorsch und Hering erholen können. Auf der Grundlage dieses Vorschlags werden die EU-Länder für die wichtigsten kommerziell genutzten Arten festlegen, wie viel Fisch in der Ostsee gefangen werden darf. Für die Fischer in Mecklenburg-Vorpommern bedeutet der Vorschlag, dass weder Hering noch Dorsch befischt werden könnten. Die Beibehaltung der 500-Tonnen Befischung für Hering wäre wünschenswert.

[Pressemitteilung](#)

Wiederaufbereitung von Kunststoffflaschen: neue Bürgerinitiative

Die Kommission hat am 13. August 2021 beschlossen, die Europäische Bürgerinitiative „ReturnthePlastics“ zu registrieren. Die Organisatoren der Bürgerinitiative fordern die Kommission auf, einen Rechtsakt zur Einführung eines EU-weiten Pfandsystems für das Recycling von Kunststoffflaschen vorzuschlagen. Nach Auffassung der Kommission hat die Initiative die erforderlichen Voraussetzungen erfüllt und ist somit rechtlich zulässig. Eine inhaltliche Prüfung der Initiative hat die Kommission zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht vorgenommen. Nach der Registrierung können die Organisatoren mit der Sammlung von Unterschriften beginnen. Wenn eine europäische Bürgerinitiative innerhalb eines Jahres eine Million Unterstützungsbekundungen aus mindestens sieben verschiedenen Mitgliedstaaten erhält, muss die Kommission reagieren. Sie kann dann entscheiden, ob sie der Initiative nachkommen will oder nicht, muss ihre Entscheidung aber in jedem Fall begründen.

[Pressemitteilung](#)

Strategie zum Schutz der Wälder in der EU

Die Kommission hatte am 16. Juli 2021 die neue EU-Waldstrategie für 2030 vorgestellt. Sie trägt bei zu den Vorschlägen von dieser Woche, mit denen die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent reduziert werden sollen, unter anderem, indem der Abbau von CO₂ durch natürliche Senken beschleunigt wird. Zur Strategie gehört auch ein Fahrplan für die Anpflanzung von drei Milliarden zusätzlichen Bäumen in Europa bis 2030.

[Pressemitteilung](#)

[Mitteilung](#)

[Fragen und Antworten](#)

Konsultation zu Regeln über Schadstoffe in Oberflächen- und Grundwasser gestartet

Die Kommission hat am 26. Juli 2021 eine öffentliche Konsultation dazu gestartet, wie die Gesetzgebung zu Schadstoffen in Oberflächen- und Grundwasser geändert werden sollte. Es sollen Verschmutzungen durch Pestizide, künstliche Chemikalien oder durch Rückstände von Arzneimitteln so weit wie möglich vermieden werden. Die Kommission möchte Meinungen dazu hören, wie dies am besten erreicht werden kann.“ Beiträge können bis 1. November online abgegeben werden.

[Pressemitteilung](#)

Brexit: Kommission erlaubt Millionen-Hilfe für deutsche Fischer

Am 29. Juli 2021 hat die Kommission entschieden, dass Deutschland vom Brexit betroffene Fischereiu Unternehmen mit fünf Millionen € unterstützen darf. Von der Maßnahme sollen Unternehmen profitieren, die zwischen dem 1. Januar und dem 31. März 2021 mindestens 30 Prozent ihres Einkommens aufgrund des Handelsabkommens zwischen der EU und Großbritannien eingebüßt haben. Die Einbußen sollen anhand des durchschnittlichen Einkommens im gleichen Zeitraum der Jahre 2018 bis 2020 berechnet werden.

Die Entschädigungen werden den Angaben zufolge als Zuschüsse ausgezahlt und anhand der Schiffgrößen berechnet. Dabei sollten Kompensationen aus anderen Quellen abgezogen werden. Die Beihilfe wird zunächst aus dem Bundeshaushalt finanziert, könnte aber später von einem Fünf-Milliarden-Fonds der EU übernommen werden, der Brexit-Folgen abfedern soll. Ob die Maßnahme dafür qualifiziert sei, stehe noch nicht fest, teilte die Kommission mit.

[Pressemitteilung](#)

Globaler Bildungsgipfel - 1,7 Mrd. € für die Globale Partnerschaft für Bildung

Am 29. Juli 2021 haben die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auf dem Globalen Bildungsgipfel in London als Team Europe angekündigt, 1,7 Mrd.€ für die Umgestaltung der Bildungssysteme in bis zu 90 Ländern und Regionen bereitzustellen. Für den Zeitraum 2021 bis 2027 sollen bereits 700 Mio.€ bereitgestellt werden. Es gilt, die Auswirkungen der Covid-19-Krise abzumildern. Investiert werden soll in hochwertige Bildung, Gleichberechtigung und Gerechtigkeit, Qualifikation und Arbeitsplätze.

[Pressemitteilung](#)

Hochwertige und inklusive Primar- und Sekundarschulbildung

Am 5. August 2021 hat die Kommission einen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zum Blending Learning (integriertes Lernen) für eine hochwertige und inklusive Primar- und Sekundarschulbildung veröffentlicht. In der allgemeinen und beruflichen Bildung sollen verschiedene Ansätze für den Lernprozess wie z.B. die Kombination des Präsenzunterrichtes in den Schulen mit dem Lernen in z.B. Unternehmen, Bildungszentren, Kulturstätten u.a. erfolgen. Es werden kurzfristige Maßnahmen vorgeschlagen, um ganz konkret auch die COVID-19-Pandemiefolgen abzufedern. Hierfür will die Kommission die Dialogforen nutzen, die im Rahmen des Europäischen Bildungsraums und des Aktionsplans für digitale Bildung eingerichtet wurden, sowie ihre Online-Plattformen und -Communities für allgemeine und berufliche Bildung: School Education Gateway und eTwinning.

[Pressemitteilung](#)

[Vorschlag](#)

EU-Verteidigungsfonds startet mit 1,2 Mrd. €

Die Kommission hat das Arbeitsprogramm für 2021 für den Europäischen Verteidigungsfonds angenommen. Damit können 23 Ausschreibungen für kooperative Forschungs- und Entwicklungsprojekte in Höhe von insgesamt 1,2 Mrd. € veröffentlicht werden. Zudem werden 26 neue Projekte im Rahmen des Europäischen Programms zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich (EDIDP) mit insgesamt 158 Mio. € unterstützt. Zwei große Projekte zu europäischen ferngesteuerten Flugsystemen, auch als Eurodrohne bekannt, sowie zu gesicherter Software definierter Funktechnik erhalten insgesamt 137 Mio. € im Rahmen des EDIDP.

[Pressemitteilung](#)

Europäischer Forschungsrat investiert 2022 mehr als 2,4 Mrd.€

Die Kommission hat das Arbeitsprogramm des Europäischen Forschungsrates (ERC) für 2022 angenommen. Dieses geschieht im Rahmen des EU Forschungsprogramms „Horizont Europa“ und umfasst 2,4 Mrd. € an Fördermitteln. Diese werden ca. 1100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zur Verfügung stehen; das bedeutet ca. 8000 Arbeitsplätze für Postdoktoranden, Doktoranden und anderes Forschungspersonal.

[Pressemitteilung](#)

120 Mio. € für elf neue Projekte zur Bekämpfung des Coronavirus

Am 22. Juli 2021 hat die Kommission bekanntgegeben, dass im Rahmen des Forschungsrahmenprogramms „Horizont Europa“ elf Projekte mit einem Finanzierungswert von 120 Mio. € ausgewählt wurden, um dringende Forschungsarbeiten zum Coronavirus und seinen Varianten zu unterstützen. An den elf Projekten, die in die engere Wahl gezogen wurden, sind 312 Forschungsteams aus 40 Ländern beteiligt, 38 Teilnehmer stammen aus 23 verschiedenen Ländern außerhalb der EU.

[Pressemitteilung](#)

Kommission startet Kampagne zu Vielfalt und Inklusion bei Film und Medien

Die Kommission hat eine Sensibilisierungskampagne zur Geschlechtervielfalt und -integration in der Film- und Nachrichtenbranche gestartet. Die Kampagne mit dem Titel „CharactHer“ wird bis Ende des Jahres laufen und soll alle europäischen Talente vor und hinter der Kamera fördern, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf die Förderung Frauen liegt. Die Kampagne ist die erste Initiative mit einem klaren Schwerpunkt auf Vielfalt und Integration, die im Rahmen des Aktionsplanes für Medien und audiovisuelle Medien gestartet wurde.

[Pressemitteilung](#)
[Der EU Aktionsplan](#)

Coronakrise: Flughafenslots-Ausnahmeregelung nochmals bis 2022 verlängert

Die Regelung erlaubt Fluggesellschaften, bis zur Hälfte der ihnen zugewiesenen Flughafen-Slots bis zum Ende der Wintersaison 2021/22 (27. März 2022) zurückzugeben. Sie verlieren damit nicht ihre Zeitnischen, auch wenn sie diese nicht voll nutzen. Die Fortführung der Ausnahmeregelung soll den schwer von der Krise getroffenen Luftfahrtsektor im beginnenden Aufschwung unterstützen.

[Ausnahmeregelung](#)

EU kündigt Verbot von Verbrennern bis 2035 an

Die Kommission schlug am 14. Juli im Rahmen ihres Klimaplans „Fit for 55“ ein Gesetzespaket zum Klimaschutzziel 2030 vor. U.a. sollen Neuwagen ab diesem Zeitpunkt keine Kohlendioxid-Emissionen mehr ausstoßen dürfen. Als Zwischenschritt auf dem Weg dorthin müssen die Autobauer den CO₂-Ausstoß von Fahrzeugen im europaweiten Flottenschnitt von heute 95 Gramm CO₂/Kilometer um 55 Prozent bis 2030 senken. Auf konventionellen Kraftstoff soll künftig ein CO₂-Preiszuschlag erhoben werden. Im Kampf gegen den Klimawandel sollen in Europa dann ab 2035 keine neuen Autos mit Verbrennungsmotoren mehr auf den Markt kommen.

[Zum Gesetzespaket siehe Europa-Information Aktuell](#)

EU-Leitlinien für Klimasicherheit von Infrastrukturprojekten veröffentlicht

Die Leitlinien für 2021-2027 sollen dazu beitragen, dass Klimaaspekte bei Investitionen und Infrastrukturprojekten von Gebäuden über Netzinfrastrukturen bis hin zu Anlagen durchgängig berücksichtigt werden. Sie sollen zur Umsetzung des Europäischen Grünen Deals beitragen. Die Wirtschaftskammer bekennt sich zu einer ambitionierten Klimapolitik. Die Transformation muss jedoch auch leist- und machbar sein.

[Pressemitteilung](#)

[Europäischer Grüner Deal](#)

Europäischer Rechtsstaatlichkeitsbericht veröffentlicht

Siehe unter [Justiz](#).

Neue App des Europäischen Ausschusses der Regionen

Über die App des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) erhält man Benachrichtigungen in Echtzeit über Neuigkeiten, Veranstaltungen und Stellungnahmen zu bevorzugten Themen.

Es gibt Informationen und Kontaktangaben zu allen Mitgliedern und Stellvertretern des AdR (einschl. des Präsidenten, des Ersten Vizepräsidenten sowie der Fraktions- und der Fachkommissionsvorsitzenden) sowie zur jeweiligen Region bzw. Gemeinde zu und alle Stellungnahmen, mit denen sie Einfluss auf die EU-Beschlussfassung nehmen.

[Link zur AdR-App](#)

Konsultation: Schutz der Meeresumwelt

Nach der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie müssen die EU-Länder Strategien entwickeln, um bis 2020 einen „guten Umweltzustand“ mit sauberen, gesunden und produktiven Meeren zu erreichen.

Im Rahmen dieser Initiative werden die Stärken und Schwächen dieser Richtlinie ermittelt, Verbesserungsmöglichkeiten ausgelotet und mögliche Änderungen vorgeschlagen.

Die Frist für Rückmeldungen läuft bis zum 21. Oktober 2021

[Konsultation](#)

Ostseeparlamentarierkonferenz warnt vor Munitionsaltlasten in der Ostsee

Der Rostocker Bundestagsabgeordnete Peter Stein hat am 12. August 2021 dem Ostseeparlament (BSPC) seinen Bericht zu Munitionsaltlasten zur Annahme vorgelegt. Die Vorstellung des Berichts erfolgte am 17. August beim Ocean Technology Campus Rostock (OTC). Bei der 30. BSPC-Jahreskonferenz am 30.08.2021 wird Stein den Bericht den Mitgliedern aus 11 nationalen und 11 regionalen Parlamenten zur Annahme vorlegen. Stein fordert unter anderem deutlich mehr internationale Kooperation, aber auch mehr Engagement von Bund und Ländern. Der Bericht greift den länderübergreifenden Konsens auf, dass in Nord- und Ostsee schnell und entschlossen gehandelt werden muss. Die voranschreitende Korrosion der Metallhüllen von Altmunition lässt nur noch wenig Zeit zum Handeln.

Dem Bericht vorangegangen war der am 6. Mai 2021 beschlossene Bundestagsantrag der Koalition, der unter anderem ein Pilotprojekt zum Bergen und Unschädlichmachen von Kampfmitteln auf hoher See beinhaltet.

Eine offene Frage bleibt weiterhin die Finanzierung der Munitionsbergung, die den Erwartungen zufolge sehr kostspielig werden dürfte.

[Bericht](#)

Ostseezusammenarbeit im Bereich Sicherheit im Überblick

Heute ist es nahezu selbstverständlich geworden, in der Ostseeregion zu reisen, in einem Nachbarland zu studieren oder sich unternehmerisch zu betätigen. Die offenen Grenzen und die zunehmende Mobilität bringen zugleich auch die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit neue Herausforderungen.

Das neue Themenblatt zur Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit des Ostseereferates im Ministerium für Inneres und Europa stellt anschaulich Themen und Formate dar. Adressiert wird auch das Thema Altmunition in der Ostsee, welches zunehmend auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird.

Themenblätter für die Bereiche Umwelt und Energie stehen bereits zur Verfügung. Sie wurden in enger Abstimmung mit den Fachministerien erstellt. Mit ihrer Hilfe sollen die vielfältigen positiven Einflüsse der Ostseekooperation auf das Land Mecklenburg-Vorpommern auch für eine breite Öffentlichkeit sichtbar und verständlich gemacht werden. Aktuell sind noch Themenblätter zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und für die Bereiche Kultur, Tourismus und Bildung in Erarbeitung.

[Zu den Themenblättern](#)

2. Digital Ocean Convention – Kooperation im Bereich der Meerestechnologien ausgeweitet

Schwerpunkt der 2. Digital Ocean Convention (DOC) waren die Zusammenarbeit und Perspektiven im Bereich der Meerestechnologien. Partnerland der diesjährigen Konferenz war Norwegen. Über 160 Personen nahmen an dieser Veranstaltung teil – davon ca. 110 Personen vor Ort – die hybrid in Rostock und online am 25. und 26. August 2021 stattgefunden hat.

In seinem Grußwort als Vorsitz im Ostseerat betonte Herr Staatssekretär Holte aus dem norwegischen Außenministerium, dass mit der Umsetzung des EU Green Deals insbesondere im Bereich der Meereswirtschaft, der Ostseeraum zu einem Vorreiter für eine nachhaltige blaue Wirtschaft werden könne. In diesem Zusammenhang begrüßte er die enge Verbindung zwischen dem Ocean Technology Campus in Rostock mit dem Ocean Tech Cluster in Bergen, in deren Rahmen Themen wie Offshore Windenergie,

Reinigung und Reinhaltung der Meere, Aquakultur und das Monitoring und die Bergung von Altmunition aufgegriffen werden.

Im Rahmen der Konferenz trat das Centre for Ocean Ventures & Entrepreneurship (COVE) aus Kanada der in 2019 zwischen dem OTC Rostock und dem Ocean Tech Cluster Bergen unterzeichneten gemeinsamen Absichtserklärung bei. Inhalt der Vereinbarung ist der Ausbau der Zusammenarbeit im Bereich der Unterwassertechnologien. Zudem soll Kanada das Partnerland der für 2022 geplanten 3. DOC in Rostock sein.

Zusammen mit weiteren internationalen Akteuren wird über die Entwicklung eines „digitalen Zwillings“ der Ozeane nachgedacht, in dem viele Daten und Informationen zusammengeführt werden können, um bspw. Simulationen, Monitoring und Echtzeitdaten etwa für Katastrophenfälle zu generieren.

Zentrale Probleme dürften hierbei die Standardisierung von Daten aus verschiedenen Quellen, ihre Vergleichbarkeit und Kompatibilität sowie ihre Verifizierung sein. Ferner bestehen Aufgaben an die Gesetzgeber hinsichtlich der Gestaltung des rechtlichen Rahmens und der gesellschaftlichen Akzeptanz, etwa bei der Verwendung von autonomen Robotern, die bei der Erhebung von Daten eingesetzt werden.

Meerestechnologien bieten ein sehr großes Potential für innovative Technologien und Verfahren, aus denen wirtschaftliche Wertschöpfung und hochqualifizierte Arbeitsplätze erwachsen können, sowie die Entwicklung eines nachhaltigen Umgangs mit den Meeren.

[Weitere Informationen](#)

Allgemeine und berufliche Bildung	
24. Juni 2021 – 30. September 2021	Wege zum schulischen Erfolg – Bekämpfung von unterdurchschnittlichen Leistungen bei Grundkompetenzen und frühzeitigem Ausscheiden aus der allgemeinen und beruflichen Bildung
18. Juni 2021 – 24. September 2021	Ökologische Nachhaltigkeit – allgemeine und berufliche Bildung
Binnenmarkt	
27. Juli 2021 – 2. November 2021	Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung – EU-Vorschriften für öffentlich-private Partnerschaften (PPPs)
Digitale Wirtschaft und Gesellschaft	
19. Juli 2021 – 25. Oktober 2021	Barrierefreie Web- & digitale Inhalte für Menschen mit Behinderungen – Überprüfung der EU-Vorschriften
3. Juni 2021 – 3. September 2021	Datengesetz und geänderte Vorschriften über den rechtlichen Schutz von Datenbanken
12. Mai 2021 – 2. September 2021	Erklärung zu den Digitalgrundsätzen – der „europäische Weg“ in die digitale Gesellschaft
Handel	
15. Juli 2021 – 4. November 2021	Handel mit sechs zentralamerikanischen Ländern – Bewertung
Haushalt	
9. Juli 2021 – 1. Oktober 2021	Gezielte Überarbeitung der Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der EU
Inneres	
5. Juli 2021 – 11. Oktober 2021	Feuerwaffen – Überprüfung von Ausfuhrvorschriften, Einfuhr- und Durchfuhrmaßnahmen
21. Juni 2021 – 27. September 2021	Bekämpfung der organisierten Kriminalität – Stärkung des Mandats der EU-Vermögensabschöpfungsstellen
21. Juni 2021 – 27. September 2021	Bekämpfung der organisierten Kriminalität – Sicherstellung und Einziehung von Erträgen aus Straftaten
Justiz und Grundrechte	
19. Juli 2021 – 25. Oktober 2021	Unterstützung von Opfern von Straftaten – Evaluierung der Opferschutzrichtlinie
Regionalpolitik	
8. Juli 2021 – 4. November 2021	Gebiete in äußerster Randlage – Aktualisierung der strategischen Partnerschaft der Kommission mit diesen Regionen

Steuern	
1. Juli 2021 – 7. Oktober 2021	<u>Freibetrag als Anreiz gegen eine Bevorzugung der Fremd- gegenüber der Eigenkapitalfinanzierung (DEBRA)</u>
Verbraucherschutz	
22. Juni 2021 – 28. September 2021	<u>Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher – Überprüfung der EU-Vorschriften</u>
Umwelt	
9. August 2021 – 15. November 2021	<u>Überarbeitung der EU-Rechtsvorschriften zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Chemikalien</u>
26. Juli 2021 – 1. November 2021	<u>Integrierte Wasserbewirtschaftung – überarbeitete Listen von Schadstoffen in Oberflächengewässern und im Grundwasser</u>
22. Juli 2021 – 21. Oktober 2021	<u>Schutz der Meeresumwelt – Überprüfung der EU-Vorschriften</u>
20. Juli 2021 – 26. Oktober 2021	<u>Altfahrzeuge – Überarbeitung der EU-Vorschriften</u>
Verkehr	
1. Juli 2021 – 23. September 2021	<u>Nachhaltiger Verkehr – neuer politischer Rahmen für die Mobilität in der Stadt</u>
Wettbewerb	
13. Juli 2021 – 5. Oktober 2021	<u>Horizontale Vereinbarungen zwischen Unternehmen – Überarbeitung der EU-Wettbewerbsvorschriften</u>

Kommission	
2. September 2021	2. Workshop zum Thema Klimawandel und nachhaltige Energie
6. – 10. September 2021	38. Europäische Konferenz und Ausstellung für Photovoltaik-Solarenergie (EU PVSEC)
7. September 2021	Modellierung der Pathogenese von COVID-19 unter Verwendung des Pathway-Frameworks für unerwünschte Wirkungen
9. September 2021	Die Europäische Bürgerinitiative: Lettland im Fokus Symposium: Herausforderungen der Mikroplastikanalyse – Brückenschlag zwischen Stand der Technik und Politik
14. September 2021	Webinar: Programming financial instruments in the CAP strategic plan
16. September 2021	Ausbildungscoalitionen – Erfahrungen und Vorteile
16. – 17. September 2021	9. Konferenz zur Evaluierung der EU-Kohäsionspolitik „Shaping Transitions with Evidence“
22. September 2021	Wie Gebäude unsere Städte sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen werden
23. September 2021	Die Europäische Bürgerinitiative: Zypern im Fokus
27. – 29. September 2021	Konferenz über Wasser-Energie-Nahrungsmittel-Ökosysteme (WEFE) Nexus wissenschaftlicher Fortschritte im Mittelmeerraum
27. – 29. September 2021	Die steuerlichen und verteilungspolitischen Folgen globaler Steuervermeidung und Steuerhinterziehung
28. September – 1. Oktober 2021	European Cybersecurity Challenge 2021
29. September 2021	Findet der Klimawandel wirklich statt? Aus der Vergangenheit lernen, um in die Zukunft zu blicken
30. September 2021	EDGAR-FOOD: das erste globale Inventar für Emissionen aus Lebensmittel

Rat der Europäischen Union	
1. September 2021	Ausschuss der Ständigen Vertreter (Coreper II)
3. September 2021	Ausschuss der Ständigen Vertreter (Coreper I)
8. September 2021	Ausschuss der Ständigen Vertreter (Coreper I)
8. September 2021	Ausschuss der Ständigen Vertreter (Coreper II)
10. September 2021	Euro-Gruppe
10. September 2021	Ausschuss der Ständigen Vertreter (Coreper I)
15. September 2021	Ausschuss der Ständigen Vertreter (Coreper I)
15. September 2021	Ausschuss der Ständigen Vertreter (Coreper II)
21. September 2021	Rat (Allgemeine Angelegenheiten)
22. September 2021	Ausschuss der Ständigen Vertreter (Coreper II)

22. September 2021	Ausschuss der Ständigen Vertreter (Coreper I)
24. September 2021	Ausschuss der Ständigen Vertreter (Coreper I)
28. September 2021	Rat (Wettbewerbsfähigkeit) - Forschung
29. September 2021	Rat (Wettbewerbsfähigkeit) – Binnenmarkt und Industrie
29. September 2021	Ausschuss der Ständigen Vertreter (Coreper II)

Europäisches Parlament

30. August – 2. September 2021	Ausschusssitzungen des Europäischen Parlaments
6. September 2021	Ausschusssitzungen des Europäischen Parlaments
9. September 2021	Ausschusssitzungen des Europäischen Parlaments
13. – 16. September 2021	Plenarsitzung des Europäischen Parlaments
30. September 2021	Ausschusssitzungen des Europäischen Parlaments

Ausschuss der Regionen

Sitzungskalender: [Link zum Sitzungskalender des AdR](#)

9. September 2021	Sitzung der Fachkommission ENVE
27. September 2021	Sitzung der Fachkommission NAT
28. September 2021	Sitzung der Fachkommission CIVEX
29. September 2021	Sitzung der Fachkommission ECON

Ostseekooperation

Veranstaltungsübersicht: <https://www.europa-mv.de/ostseekooperation/>

6. – 10. September 2021	Kiel Munition Clearance Week 2021 (hybrid)
23. September 2021	Jahreskonferenz der KPKR Ostsee-Kommission (online)
23. September 2021	Vernetzungsveranstaltung der „ Innovation Platform „Sustainable Subsea Solutions “, (ISSS; online)
27. September – 1. Oktober 2021	12. Stakeholder Forum der EU-Ostseestrategie (hybrid)
7. – 8. Oktober 2021	BSSSC Jahreskonferenz , Kaliningrad
28. September 2021	Auftaktveranstaltung für das INTERREG Programm Ostseeregion 2021 - 2027

Ansprechpartner	Themenbereiche
<p>Dr. Lars Friedrichsen Leiter Telefon: +32-2 741-6000 E-Mail: lars.friedrichsen@mv-office.eu</p>	<p><i>Institutionelle Fragen, Öffentlichkeitsarbeit</i></p>
<p>Dr. Merten Barnert Stellv. Leiter Telefon: +32-2 741-6006 E-Mail: merten.barnert@mv-office.eu</p>	<p><i>Energie, Infrastruktur, Digitalisierung, Verkehr, Wettbewerbsrecht, Regionalpolitik, Finanzen der EU, Ostseekooperation</i></p>
<p>Dr. Sylvia Völzer Referentin Telefon: +32-2 741-6774 E-Mail: sylvia.voelzer@mv-office.eu</p>	<p><i>Forschung, Innovation, Kultur, Bildung, Jugend, Sport, Gleichstellung</i></p>
<p>Beatrix Bönisch Referentin Telefon: +32-2 741-6771 E-Mail: beatrix.boenisch@mv-office.eu</p>	<p><i>Wirtschaft, Arbeit, Tourismus, Gesundheit</i></p>
<p>Julia Stark Referentin Telefon: +32-2 741-6005 E-Mail: julia.stark@mv-office.eu</p>	<p><i>Landwirtschaft, Fischerei, Umwelt, Soziales</i></p>
<p>Henning Machedanz Referent Telefon: +32-2 741-6004 E-Mail: henning.machedanz@mv-office.eu</p>	<p><i>Justiz, Inneres, Medien, Integration, Ausschuss der Regionen</i></p>
<p>Petra Götz Sachbearbeiterin Telefon: +32-2 741-6003 E-Mail: petra.goetz@mv-office.eu</p>	<p><i>Haushalt, Organisation, Verwaltung, Veranstaltungen</i></p>
<p>Alexander Mannewitz Assistenz der Leitung Telefon: +32-2 741-6001 E-Mail: alexander.mannewitz@mv-office.eu</p>	<p><i>Administration, IT-Technik, Digitale Medien, Veranstaltungen</i></p>